

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(68. - öffentliche - Sitzung am 2. März 2016)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4928](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimme der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

2. **Gesetz zur Absenkung des Wahlalters für die Landtagswahl**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4966](#)

Die Landesregierung unterrichtete den - federführenden - Ausschuss mittels einer Tischvorlage über das Wahlalter bei den Landtagswahlen in anderen Bundesländern. Abweichend von seiner Vereinbarung in der letzten Sitzung, kam der Ausschuss überein, zu dem Gesetzentwurf zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen benannten eine Reihe von Anzuhörenden. Der Ausschuss stellte den Fraktionen anheim, bis zum Ende des März-Plenums weitere Anzuhörende zu benennen.

3. a) **Gute rechtliche Betreuung braucht eine angemessene Unterstützung für Betreuungsvereine**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2494](#)
- b) **Betreuungsvereine in Niedersachsen und Deutschland stärken**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2548](#)
- c) **Verbesserungen bei der rechtlichen Betreuung**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5245](#)

Der - federführende - Ausschuss erweiterte die Tagesordnung um den Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen. Er begann mit der Beratung dieses Antrages und setzte die Beratung der Anträge der Fraktionen der CDU und der FDP fort. Der Ausschuss bat den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration um Stellungnahme zu allen drei Anträgen, soweit sie die Unterstützung der Betreuungsvereine und weitere in seinen Zuständigkeitsbereich fallende Gesichtspunkte betreffen.

4. **Das Angebot von ambulanten Psychotherapiemöglichkeiten für Sexualstraftäter ausbauen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4360](#)

Der - federführende - Ausschuss setzte die Antragsberatung fort.

5. **Wirtschafts- und Finanzkriminalität wirksam bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3103](#)

Der Ausschuss setzte die Befassung mit dem Antrag fort. Er kam überein, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen sollen die Anzuhörenden bis zum Ende des März-Plenums benennen. Der Ausschuss erneuerte seinen in der 46. Sitzung am 6. Mai 2015 gefassten Beschluss, zu dem Antrag Stellungnahmen weiterer Ausschüsse einzuholen, stellte diesen Ausschüssen jedoch anheim, das Ergebnis der schriftlichen Anhörung abzuwarten.

6. **Vertraulichkeit des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens sicherstellen - Defizite erkennen und beheben**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3834](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag abzulehnen.